Tabelle 1: Zusammenstellung der Feststellungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Haushaltssituation

Feststellung		Empfehlung	
Haushaltssituation			
F1	Die Stadt Bornheim hat durch eine umfangreiche Investitionstätigkeit der letzten Jahre nicht nur einen Werteverzehr vermeiden können, sondern sogar neue Vermögenswerte geschaffen. Die Altersstruktur im Gebäudebereich und beim Verkehrsinfrastrukturvermögen stellt sich dementsprechend ausgewogen dar. Mittelfristig sind weitere Baumaßnahmen geplant mit einem hohen Investitionsvolumen. Bei einer Realisierung der geplanten Bauvorhaben wird sich daraus eine spürbare Haushaltsbelastung ergeben.	E1	Die Stadt Bornheim sollte bei den geplanten Investitionsvorhaben im Gebäudebereich darauf achten, nur die notwendigen Maßnahmen umzusetzen. Bei der Planung sollte die Funktionalität eines Gebäudes im Vordergrund stehen. Die aus den gesamten geplanten Investitionen entstehenden Folgekosten müssen für den städtischen Haushalt dauerhaft tragbar sein.
<p>Stellungnahme:</p> <p>Ihre Hinweise zur guten Organisation und Steuerung durch das Amt für Finanzen wird erfreut zur Kenntnis genommen. In Bezug auf die von Ihnen explizit genannten Jahresabschlussprozesse und die unterjährige Berichterstattung ist es gelungen, ein hohes Maß an Transparenz bei allen kommunalen Akteuren zu erzielen.</p> <p>Ihre formulierten Feststellungen in Bezug auf die künftige Investitionstätigkeit werden gleichermaßen geteilt. So sollen die Auswirkungen der künftigen Investitionstätigkeit auf die Ergebnisplanung mittelfristig dargestellt und im Hinblick auf den dauerhaften Haushaltsausgleich sowie die Minimierung eines strukturellen Defizits bewertet werden. Damit soll insbesondere Ihrer Empfehlung, die Folgekosten der gesamten geplanten Investitionen für den Haushalt tragbar zu gestalten, Rechnung getragen werden. Die Umsetzung ist bereits für den in Kürze beginnenden Haushaltsplanungsprozess 2023/2024 vorgesehen.</p>			

Tabelle 2: Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Handlungsfelder

Feststellung		Empfehlung	
Haushaltssteuerung			
F1	Bei der Stadt Bornheim erhöhen die übertragenen Ermächtigungen im investiven Bereich die Haushaltsansätze um durchschnittlich 34 Prozent. Dennoch kann dann im Folgejahr lediglich knapp die Hälfte des zur Verfügung stehenden Ansatzes auch tatsächlich verausgabt werden. Die gpaNRW sieht hier Optimierungsmöglichkeiten.	E1	Die Stadt Bornheim sollte ihre Grundsätze für die Planung der investiven Auszahlungen überprüfen und gegebenenfalls mit der Genehmigung von beantragten Ermächtigungsübertragungen restriktiver umgehen. Die Investitionsplanung sollte mit einer Personaleinsatzplanung verknüpft werden.

Stellungnahme:

Hinsichtlich des Umgangs mit Ermächtigungsübertragungen werden Optimierungsmöglichkeiten gesehen. Die Investitionsplanungen sollen verstärkt an den zur Verfügung stehenden Personalressourcen ausgerichtet werden. Die Umsetzung soll im Zuge einer realitätsnahen Planung im Doppelhaushalt 2023/2024 bei gleichzeitiger Minimierung der Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2023 erfolgen.

Beteiligungen

F1	Das Berichtswesen der Stadt Bornheim entspricht nahezu vollständig den Anforderungen, die sich aus dem Beteiligungsportfolio der Stadt Bornheim ergeben.	E1.1	Die Sitzungsunterlagen des Zweckverbandes Wasserbeschaffungsverband Wesseling–Hersel sollten dem Beteiligungsmanagement ebenfalls zur Verfügung gestellt werden.
		E1.2	Das Beteiligungsmanagement sollte dem Rat standardisiert unterjährige Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung der bedeutenden Beteiligungen zur Verfügung stellen.
F2	Die Unterstützung der Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien entspricht überwiegend den Anforderungen, die sich aus dem Beteiligungsportfolio der Stadt Bornheim ergeben.	E2.1	Das Beteiligungsmanagement der Stadt Bornheim sollte mindestens einmal je Wahlperiode eine Schulung anbieten, in der alle Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien über ihre Rechte und Pflichten informiert werden. Darüber hinaus kann es sich in Einzelfällen anbieten, dass Schulungen zu fachlichen Themen angeboten werden.
		E2.2	Die Sichtung der Tagesordnungen sollte ergänzt werden um den Zweckverband Wasserbeschaffungsverband Wesseling–Hersel.
		E2.3	Das Beteiligungsmanagement sollte die Stellungnahmen allen Vertreterinnen und Vertretern in den jeweiligen Gremien zur Verfügung stellen.

Stellungnahme:

Das Beteiligungsmanagement ist mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) neu organisiert worden. Aufgabenschwerpunkte waren zunächst die Durchführung von Konzessionierungsverfahren für das Strom-, das Gas- sowie das Wasserversorgungsnetz und die Erstellung der vorgeschriebenen Gesamtabschlüsse.

Im weiteren Verlauf kam die Gründung von Netzgesellschaften für Strom und Gas und die Umsetzung des neuen Umsatzsteuerrechts dazu. Das Ziel, das Beteiligungsmanagement weiterzuentwickeln wurde dabei nicht aus den Augen verloren, musste sich allerdings an den zur Verfügung stehenden Personalkapazitäten orientieren.

Die in Ihrem Bericht ausgesprochenen Empfehlungen zur Informationsaufbereitung sowie zu Schulungsmaßnahmen sind bereits zum Teil aufgegriffen und umgesetzt worden. Sofern dies aus den genannten Gründen noch nicht erfolgen konnte, wird dies im weiteren Optimierungsprozess berücksichtigt.

Hilfe zur Erziehung

Stellungnahme:

Die Stadt Bornheim hat in ihrem Leitbild die Familienfreundlichkeit fest verankert, so dass sich insbesondere das Amt für Kinder, Jugend und Familien als Dienstleister für die Bornheimer Familien versteht und seine Aufgaben auf dieser Grundhaltung vollumfänglich wahrnimmt. Dies bestätigt die GPA in ihrem Vorbericht auf Seite 5: „In der Praxis lebt das Jugendamt eine Grundhaltung eines familienfreundlichen Jugendamtes, das auf die Bedarfssituation der Familien ausgerichtet ist.“

Unter Berücksichtigung dieses Leitgedankens werden die vielfältigen und differenzierten Feststellungen und Handlungsempfehlungen begrüßt, welche sich in 4 Kategorien zusammenführen lassen:

- Strategische Steuerung
- Prozesssteuerung
- Fallrevision
- Finanzcontrolling.
-

Die insgesamt 15 Feststellungen und Empfehlungen für die „Hilfen zur Erziehung“ basieren auf der Analyse der Kennzahlen der Jahre 2018 und 2019. Um die Qualität in dem sehr dynamischen Aufgabenbereich nicht nur sicherzustellen, sondern auch zu verbessern, wurden in den Jahren 2020 und 2021 folgende Veränderungen eingeführt und umgesetzt, die ihre Wirkung noch nicht in dem Prüfzeitraum entfalten konnten. Hierzu zählen im Wesentlichen die nachfolgend aufgeführten personellen und organisatorischen Aspekte:

- Neubesetzung der Amtsleiterstelle Anfang 2019 nach 1-jähriger Vakanz
- Neubesetzung der Stelle „Jugendhilfeplanung“ Anfang 2021 nach 1,5-jähriger Vakanz
- Neustrukturierung des Jugendamtes – Aufbau einer eigenständigen Verwaltungsabteilung und Einführung einer Projektstelle
- Einführung einer zusätzlichen Leitungsstelle – Teamleitung ASD
- Aufnahme einer zusätzlichen Stelle für die Netzwerkkoordination Frühe Hilfen
- Aufnahme einer zusätzlichen Stelle für die Wirtschaftliche Jugendhilfe
- Bildung eines Teams für die Eingliederungshilfe § 35a.
-

Mit diesen Maßnahmen ist es bereits gelungen sowohl die Steuerung, als auch das Finanzcontrolling zu optimieren. Die qualitative Weiterentwicklung soll in den nächsten Jahren kontinuierlich fortgesetzt und dabei die Empfehlungen einbezogen werden. Im Fokus

werden bei den Hilfen zur Erziehung die Steuerung der Prozesse und die Fallrevision stehen. Diese Aufgabe kann mit der Einführung der Teamleitung angegangen werden, da vorher bei einer Leitungsspanne mit der Dienst- und Fachaufsicht für 22 Mitarbeiter*innen in den Hilfen zur Erziehung die Steuerung aller in diesem Kontext erforderlichen Prozesse nicht vollumfänglich möglich war.

Zu den Feststellungen (F1 – F15) und den Empfehlungen (E1 – E15) wird wie folgt Stellung genommen:

wurden F1	In Bornheim gibt es verschiedene präventive Angebote und eine Netzwerkarbeit bei den frühen Hilfen. Ein Gesamtkonzept und eine Präventionskette für alle Altersgruppen gibt es bislang nicht. Der Aufbau einer Präventionskette sowie die Steuerung aller Angebote im Jugendamt ist im Aufbau.	E1	Die Stadt Bornheim sollte ein Gesamtkonzept für Prävention und Netzwerkarbeit erstellen sowie eine lückenlose Präventionskette aufbauen. Die Angebote sollten, wie geplant, durch das Jugendamt gesteuert und koordiniert werden.
--------------	--	----	---

Die Entwicklung einer Gesamtkonzeption wird als notwendiges Steuerungsmerkmal angesehen. Mit der Einführung einer 0,5 VZ „Frühe Hilfen“ im Stelleplan 2021/2022 wurde mit dem Prozess bereits begonnen und ein Netzwerktreffen für die linksrheinischen Jugendämter gemeinsam mit der Erziehungsberatungsstelle des Rhein-Sieg-Kreises (RSK) in 2021 organisiert. Um eine lückenlose Präventionskette über die Altersgrenze von 0-6 Jahren hinaus realisieren zu können, wird im Rahmen der Haushaltsplanung 2023/2024 angestrebt, die Stelle auf Vollzeit aufzustocken.

Ein wichtiger Baustein bildet die Netzwerkarbeit zwischen Jugendamt und Schule, um vor allem im Bereich der Eingliederungshilfe im Sinne von Prävention frühzeitig und abgestimmt zusammenzuarbeiten. Dieser Prozess soll ab 2022 mit der Einführung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe unter der Federführung des Jugendhilfeplaners gestartet werden. Eine gemeinsame Ausschusssitzung von Jugendhilfe und Schule hat bereits in 2021 stattgefunden und ist auch in 2022 bereits terminiert.

Die Netzwerkarbeit in den beiden Bereichen Kindertagesbetreuung und Jugendförderung ist durch die Einführung von 2 Arbeitsgemeinschaften auf der Grundlage des § 78 SGB VIII sichergestellt.

F2	Die Stadt Bornheim hat bislang keine schriftliche Gesamtstrategie mit darauf ausgerichteten messbaren Zielen und Maßnahmen für die Hilfen zur Erziehung und das Jugendamt entwickelt.	E2	Die Stadt Bornheim sollte für die Gesamtsteuerung die vorhandenen Grundhaltungen und Ziele zu einer Gesamtstrategie mit konkreten, messbaren Zielen und darauf ausgerichteten Maßnahmen weiterentwickeln. Die Zielerreichung sollte regelmäßig geprüft und Maßnahmen ggf. angepasst werden.
----	---	----	---

Die Zielerreichung wird über die Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII alle 6 Monate überprüft. Um über diese individuelle Familien- bzw. Klienten bezogene Betrachtung eine Gesamtstrategie zu entwickeln, soll zukünftig die Wirkungsforschung der Hilfen zur Erziehung einbezogen werden. Hierfür bietet z.B. das Institut für Kinder und Jugendhilfe (IKJ) unter der Leitung von Prof. Dr. Macsenaere sehr gute Arbeitsgrundlagen, um Prozesse in den stationären Hilfen zu optimieren.

F3	Das Jugendamt der Stadt Bornheim verfügt bislang über kein umfassendes Finanzcontrolling. Es sind aktuell nur wenige Bestandteile vorhanden. Durch den Aufbau eines Finanzcontrollings könnte die Steuerung verbessert werden.	E3	Die Stadt Bornheim sollte ein Finanzcontrolling mit Zielen und steuerungsrelevanten Kennzahlen sowie einem regelmäßigen Berichtswesen aufbauen. Hierzu können beispielsweise einige Kennzahlen aus diesem Prüfbericht fortgeschrieben werden. Die Kennzahlen sollten regelmäßig ausgewertet werden. Dies kann dazu dienen, die Steuerung zu unterstützen, Ursachen für gestiegene Aufwendungen zu analysieren und die Wirksamkeit von Maßnahmen transparenter zu machen.
<p>Bezüglich der Wirksamkeit wird auf die Ausführungen zu E2 verwiesen.</p> <p>Das bestehende Finanzcontrolling über die regelmäßigen Budgetberichte hat sich bewährt. Um im Kontext der Hilfen zur Erziehung die Konsolidierung der Haushaltssituation mit in den Blick zu nehmen, muss eine gemeinsame Strategie der Bereiche Finanzen und Jugendhilfe entwickelt werden. Dies ist aber erst mit der Einführung einer zusätzlichen Stelle in der wirtschaftlichen Jugendhilfe überhaupt möglich geworden – der Beginn dieses Prozesses ist für das 2. Halbjahr 2022 vorgesehen.</p>			
F4	Die Stadt Bornheim bewertet die Zielerreichung der Hilfen im Einzelfall mit allen Beteiligten. Es erfolgen aber keine fallübergreifenden Auswertungen zur Zielerreichung und Wirksamkeit von Hilfen sowie zu Laufzeiten, Abbruchquoten bzw. zu einzelnen Trägern.	E4	Die Ergebnisse der Bewertung der Wirksamkeit von Hilfen im Einzelfall sollten fallübergreifend zusammengeführt und ausgewertet werden. Ebenso sollten weitere steuerungsrelevante Auswertungen, wie z.B. zur Anzahl der Fachleistungsstunden sowie zu Laufzeiten, Abbrüchen, erfolgen. Diese können dann auch trägerbezogen aufbereitet werden. Hierdurch können die Auswirkungen getroffener Maßnahmen transparenter gemacht werden.
<p>Das Jugendamt wird die datenbasierten statistischen Auswertungsmöglichkeiten aus der eingesetzten Software überprüfen und ggf. Anpassungen vornehmen.</p> <p>Die Qualitätsdialoge mit den Trägern stehen unter der Federführung des RSK, gleiches gilt für die Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII Hilfen zur Erziehung.</p>			
F5	Die Stadt Bornheim hat für den Arbeitsbereich Hilfe zur Erziehung die Abläufe, Standards und Prozesse nicht verbindlich in einem einheitlichen Handbuch beschrieben. Eine schriftliche Prozessdarstellung gibt es nur für das Entscheidungsteam. Es sind Vordrucke in der Jugendamtssoftware hinterlegt und die Bearbeitung erfolgt teilweise elektronisch.	E5	Die Stadt Bornheim sollte alle Prozesse der Bearbeitung in einem einheitlich aufgebauten Verfahrenshandbuch darstellen. Dabei können neben textlichen Ausführungen auch Ablaufdiagramme verwendet werden. Die Prozessbeschreibungen sollten Abläufe, Zuständigkeiten, beteiligte Personen, Fristen und zu verwendende Vordrucke beinhalten.
<p>Es ist beabsichtigt, zunächst die noch fehlenden Prozessbeschreibungen zu entwickeln und diese mit den bereits in schriftlicher Form bestehenden Verfahrensstandards in einem Qualitätshandbuch zusammenzuführen.</p>			

F6	Die Stadt Bornheim hat außer den Regelungen zum Entscheidungsteam und den vorhandenen Vordrucken keine verbindlichen schriftlichen Regelungen zum Ablauf des Hilfeplanverfahrens. In der Praxis werden aber einheitliche Abläufe angewendet. Vorgaben zu Wirtschaftlichkeitsaspekten, wie Laufzeitbegrenzungen und Obergrenzen von Fachleistungsstunden, sind nicht vorhanden.	E6	Die Stadt Bornheim sollte auch für das Hilfeplanverfahren schriftliche Prozessbeschreibungen und Standards für den Ablauf erstellen. Hierin sollten neben der vorrangigen fachlichen Betrachtung auch wirtschaftliche Gesichtspunkte einfließen.
<p>Bezüglich der Prozessbeschreibung wird auf die Ausführung zu E5 verwiesen.</p> <p>Die wirtschaftlichen Aspekte sind bereits durch die gemeinsame Teilnahme der WJH und des ASD im Entscheidungsteam berücksichtigt und können somit auch in der schriftlichen Darstellung aufgenommen werden.</p>			
F7	Die Fallbearbeitung wird durch einen standardisierten Prozess gesteuert, der allerdings nur für das Entscheidungsteam verschriftlicht worden ist. Ein Anbieterverzeichnis ist vorhanden. Darin werden keine Kosten und Erfahrungen dargestellt. Es gibt keine verbindlichen Vorgaben für die Leistungsnachweise der Träger.	E7.1	Das Anbieterverzeichnis sollte um die Kosten der Leistungen und die Erfahrungswerte mit den jeweiligen Trägern ergänzt werden.
		E7.2	Das Jugendamt sollte verbindliche Vorgaben an die Träger für die Leistungsnachweise machen. Die Träger sollten in ihren Leistungsnachweisen neben der Anzahl der Stunden auch die abgesagten Termine und vor allem auch die Inhalte der durchgeführten Stunden verpflichtend aufführen.
<p>Sowohl die Kosten, als auch die Leistungsbeschreibungen der von den Trägern vorgehaltenen Angebote können in das Anbieterverzeichnis aufgenommen werden – die Darstellung der Erfahrungswerte erfolgt über die Ergebnisse der Qualitätsdialoge.</p> <p>Die Leistungsvereinbarungen mit den Trägern werden im RSK vom Kreisjugendamt abgeschlossen. Die Empfehlung wird zur Prüfung weitergegeben.</p>			
F8	Die WiJu prüft frühzeitig mögliche Kostenerstattungsansprüche und macht diese umgehend geltend. Schriftliche Verfahrensstandards für diese Prüfung gibt es nicht.	E8	Die Stadt Bornheim sollte auch für die Prüfung der Zuständigkeit und von möglichen Kostenerstattungsansprüchen schriftliche Prozessbeschreibungen und Verfahrensstandards entwickeln.
<p>Aufgrund der bisherigen Personalsituation in der WJH lag der Fokus auf der Bearbeitung der Kostenerstattungsansprüche. Die Besetzung der zusätzlichen Stelle konnte erst Anfang 2022 realisiert werden. Die Umsetzung der Empfehlung wird geprüft.</p>			
F9	Es finden keine regelmäßigen, sondern nur anlassbezogene prozessintegrierte Kontrollen durch die Leitungskräfte statt. Ebenso gibt es keine prozessunabhängigen Kontrollen.	E9	Das Jugendamt sollte stichprobenhafte prozessintegrierte und prozessunabhängige Kontrollen installieren und die Einhaltung der Standards überprüfen. Alle Kontrollen sollten schriftlich dokumentiert werden.

Sobald alle Prozesse in einem Qualitätshandbuch zusammengestellt worden sind, kann über Audits eine strukturierte Qualitätsprüfung erfolgen.

Zusätzlich werden ab 2022 im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht stichprobenartige Prüfungen durch die Teamleitung erfolgen.

F10	Die Stadt Bornheim hat eine erhöhte Falldichte HzE, die hauptsächlich in hohen ambulanten Fallzahlen begründet ist. Die Fallzahlen sind im Jahresvergleich deutlich gestiegen.	E10	Das Jugendamt sollte, aufgrund der deutlich gestiegenen Fallzahlen, die Falldichte insgesamt und für die einzelnen Hilfearten im Zeitverlauf auswerten und die Entwicklung analysieren. Dabei sollte bei allen Hilfearten auch zwischen Minderjährigen und jungen Volljährigen unterschieden werden.
-----	--	-----	--

Eine detaillierte Analyse der Fall- und Kostenentwicklung in den Hilfen zur Erziehung ist für 2022 vorgesehen. Ob dabei die Unterteilung der Hilfearten zwischen Minderjährigen und jungen Volljährigen mit vertretbarem Aufwand möglich ist, wird geprüft.

F11	Die Hilfefälle in Heimerziehung sind in Bornheim sehr kostenintensiv. Die Anzahl der Fälle ist aber eher gering.	E11	Die Stadt sollte mit einer Fallrevision die Ursachen für die hohen Aufwendungen bei den Fällen in Heimerziehung ermitteln und analysieren.
-----	--	-----	--

Die Einführung von Fallrevisionen ist geplant. Mögliche Methoden wie z.B. die Bochumer Fallwerkstatt werden auf ihre Funktionalität, Analysetools und Anwendbarkeit aktuell geprüft.

F12	Die Stadt Bornheim hat 2019 einwohnerbezogen höhere Aufwendungen für Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII als die anderen Vergleichsstädte. Das liegt an den hohen Fallzahlen und den teuren stationären Unterbringungen. Auch die Fälle für Integrationshilfe/Schulbegleitung sind sehr teuer. Die Aufwendungen und Fallzahlen sind von 2018 nach 2019 stark angestiegen. Diese Hilfeart belastet somit den Fehlbetrag HzE.	E12	Die hohen Fallzahlen und Aufwendungen bei der Hilfeart Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII sollten analysiert und Ursachen ermittelt werden.
-----	---	-----	--

Auf die Stellungnahme zu E11 wird verwiesen. Analoges Vorgehen für die Hilfen nach §35a SGB VIII geplant.

F13	Die Stadt hat für die Bearbeitung der Hilfefälle für Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII seit 2019 einen Spezialdienst eingerichtet. Poollösungen werden nicht verwendet.	E13	Da durch Poollösungen Synergieeffekte erzeugt sowie Ausfälle von Integrationshelfern besser kompensiert werden können und es auch die wirtschaftlichere Lösung ist, sollte die Stadt Bornheim das Installieren von Poollösungen an den Schulen in Betracht ziehen.
-----	---	-----	--

Die Einführung von Poollösungen wurde bereits in den letzten Jahren thematisiert, aber aus diversen Gründen noch nicht umgesetzt.

Mit Verweis auf die Ausführungen unter E1 wird diese Empfehlung in den anstehenden Netzwerktreffen zwischen Jugendamt und Schule zur Prüfung aufgenommen.

F14	Fast 75 Prozent der Vergleichsstädte haben niedrigere stationären Aufwendungen je Einwohner unter 21 Jahre. Die hohe Positionierung wird in erster Linie durch die hohen stationären Aufwendungen je Hilfefall bei der Heimerziehung und der Eingliederungshilfe verursacht.	E14	Die hohen Fallaufwendungen bei den stationären Hilfen für junge Volljährige sollten in Form einer Fallrevision analysiert und Ursachen ermittelt werden.
Auf die Ausführungen unter E10 (Prüfung der Aufteilung), sowie unter E11 und E12 wird verwiesen. Analoges Vorgehen ist unter der Voraussetzung der möglichen separaten Erfassung auch bei den stationären Hilfen für junge Volljährige vorgesehen.			
F15	Die Stadt Bornheim kann die Aufwendungen und Fallzahlen für ambulante Hilfen für junge Volljährige nicht differenziert von den Minderjährigen ausweisen. Diese sind in den jeweiligen Hilfen für die Minderjährigen enthalten.	E15	Die Stadt Bornheim sollte die Aufwendungen und Fallzahlen für ambulante Hilfen für junge Volljährige separat von den Minderjährigen erfassen, um Transparenz zu schaffen.
Auf die Ausführungen unter E10 zu der Option der separaten Erfassung wird verwiesen.			
Bauaufsicht			
		E0.1	Die Stadt Bornheim sollte regelmäßig prüfen, ob und in welchem Umfang die erhobenen Gebühren den Aufwand der Bauaufsicht tatsächlich decken und hierzu eine entsprechende Kennzahl bilden. Diese sollte sie regelmäßig fortschreiben und als Steuerungsgrundlage nutzen.
F1	Die Stadt Bornheim wendet die Rücknahmefiktion aus § 71 Absatz 1 BauO NRW 2018 konsequent an. Der Themenbereich „Bauberatung“ bedarf aus Sicht der gpaNRW der Optimierung.	E1.1	Die Stadt Bornheim sollte die offenen Sprechstunden in der Bauaufsicht reduzieren und die Bauberatung künftig vorwiegend auf Terminbasis durchführen.
		E1.2	Die Stadt Bornheim sollte die zeitliche Inanspruchnahme der Sachbearbeitung für die Bauberatung statistisch erfassen.
F2	Die Stadt Bornheim hat bislang die Zuständigkeits- und Verantwortungsbereiche der Bauaufsicht nicht schriftlich und somit nicht verbindlich fixiert. Sie hat die Tätigkeiten der Bauaufsicht in Workflows dargestellt und somit transparent aufbereitet. Die Stadt verfügt bereits über die Möglichkeit, Baugenehmigungsverfahren vollständig digital abzuwickeln.		
F3	Die Stadt erhebt keine statistischen Daten zur Laufzeit von Fällen des normalen Genehmigungsverfahrens.	E3	Da die Bearbeitung von normalen Baugenehmigungsverfahren in der Regel deutlich umfangreicher ist, sollte die Stadt diese Fälle separat erfassen und auch die entsprechenden Laufzeiten separat erheben.

F4	Die Stadt Bornheim reiht sich im interkommunalen Vergleich unterhalb des Medians ein. Demnach bearbeiten mehr als die Hälfte der betrachteten Bauaufsichtsbehörden mehr Fälle je Sachbearbeiter-Vollzeit-Stelle. Eine Ermittlung der Anzahl von unbearbeiteten Fällen (Arbeitsrückstände) ist aufgrund der fehlenden Datenlage in Bornheim nicht möglich.	E4.1	Die Stadt Bornheim sollte die von der gpaNRW berechnete Kennzahl weiter fortführen und gleichzeitig ermitteln, wie viele Fälle je Sachbearbeiter Vollzeit-Stelle abschließend bearbeitet wurden. Beide Kennzahlen kann sie als Steuerungsinstrument nutzen. So kann die Stadt Bornheim die Auslastung des Personal dokumentieren und analysieren sowie frühzeitig auf Überlastungen oder zu geringe Auslastung der Sachbearbeitung reagieren.
<p>Stellungnahme:</p> <p>Seitens der Stadt Bornheim ist herauszustellen, dass die Bauaufsicht, anders als die meisten übrigen Kommunen vergleichbarer Größe, die planungsrechtliche Prüfung selbst durchführt. Der Prüfaufwand ist damit erhöht.</p>			
		E4.2	Die Stadt Bornheim sollte verlässlich die Anzahl der unbearbeiteten Baugenehmigungsverfahren ermitteln und unterjährig fortschreiben, um eine negative Tendenz in der Entwicklung der rückständigen Fälle frühzeitig erkennen zu können.
F5	Die Stadt Bornheim hat für den Bereich der Bauaufsicht bislang Ziele und drei Kennzahlen festgelegt, die sie regelmäßig erhebt. Die Aussagekraft ist jedoch begrenzt.	E5	Die Stadt Bornheim sollte auch die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung als Ziel definieren. Die Einhaltung der vorgegebenen Ziele sollte die Stadt mittels Kennzahlen regelmäßig überprüfen. Die so gewonnenen Erkenntnisse sollte sie zur Steuerung der Bauaufsicht nutzen. Dazu sollte sie mindestens die Kennzahlen dieses Berichtes fortschreiben.
Vergabewesen			
F1	Durch die Vergaberichtlinie sowie durch die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle hat die Stadt Bornheim gute Vorbereitungen getroffen, um Vergaben rechtssicher und routiniert abzuwickeln. In Einzelaspekten bedürfen die Vorgaben einer Ergänzung.		
F2	Vergaben unterhalb von 15.000 Euro netto wickeln die Bedarfsstellen in eigener Zuständigkeit ab. Hierzu ist Fachwissen im komplexen Vergaberecht erforderlich, welches jedoch nicht in allen Bedarfsstellen vorhanden ist.	E2.1	Die Stadt Bornheim sollte Ihre Vergaberichtlinie so anpassen, dass Vergaben im Sinne der Verordnung zur Beschleunigung von Investitionen bis 15.000 Euro netto im Zuge von Direktaufträgen vergeben werden dürfen. Gleichzeitig sollte die örtliche Rechnungsprüfung in solchen Fällen die Prüfungen intensivieren.
		E2.2	Die Stadt Bornheim sollte ein elektronisches Vergabemanagementsystem einführen und ihre Vergabe künftig ausschließlich und vollumfänglich elektronisch durchführen.
		E2.3	Die Stadt Bornheim sollte in ihrer Dienstanweisung verbindlich aufnehmen, dass Baumaßnahmen gemäß § 12 VOB/B formal abzunehmen sind.

Stellungnahme:

Die Empfehlung der GPA zur Anpassung der Vergaberichtlinien dahingehend, dass zur Beschleunigung von Investitionen und Beschaffungen bis 25.000,- € die aktuellen Werte der Kommunalen Vergabegrundsätze übernommen werden sollten, werden von der örtlichen Rechnungsprüfung und der Verwaltung begrüßt. Hierdurch könnten viele Beschaffungen beschleunigt werden. Bei der Anpassung der Vergaberichtlinien ist auch sehr gut einen Rückgriff auf die Mustervergabedienstanweisung der GPA vorstellbar. Die Pflicht zu einer förmlichen Abnahme von Bauleistungen kann darin aufgenommen werden.

Es wird grundsätzlich die Einführung eines Vergabemanagementsystems befürwortet, da auch dadurch die Verantwortlichkeiten und Tätigkeiten zwischen Bedarfsstelle und Zentraler Vergabestelle (ZVS) besser nachvollzogen und revisionssicher dokumentiert werden können.

Ein digitales Vergabemanagementsystem kann bei der Aufgabenbewältigung behilflich sein. Zunächst ist die Anwender-/Nutzergruppe zu bestimmen sowie die Frage, ob das System erst ab einem bestimmten Auftragswert eingesetzt werden soll, beispielsweise ab 25.000,-€ (Wertgrenze aus der Neufassung der kommunalen Vergabegrundsätze).

Wie im Bericht festgestellt wird, bindet die Implementierung sowie die Betreuung einer Software und wiederholt erforderliche Anpassungen auch Personalkapazitäten.

Das gilt besonders und trotz der digitalen Verarbeitung für den Fall der Übernahme neuer Aufgaben wie z.B. der Führung einer Bieterdatenbank in der ZVS.

Dem Hinweis auf die Notwendigkeit, Fachkenntnisse in der ZVS durch Fortbildung ständig aktuell zu halten, wird uneingeschränkt zugestimmt. Dies ist notwendig, um Vergabeverfahren möglichst rechtssicher durchzuführen. Gerade im Falle der Nutzung von Fördermitteln kann es bei schweren Vergabebefehlern u.U. zu vollständigen Rückforderungen der Mittel durch den Fördergeber kommen.

F3	Die Dienstanweisung zur Korruptionsprävention der Stadt Bornheim ist sehr umfangreich und bei konsequenter Anwendung gut geeignet, Korruptionsfällen verlässlich vorzubeugen. Die Dienstanweisung wird ergänzt durch das strukturierte Risikomanagementsystem der Stadt Bornheim.		
F4	Die Stadt Bornheim hat mit der Einführung eines umfassenden Risikomanagementsystems eine gute Grundlage geschaffen, Risiken für die Stadtverwaltung zu erkennen, zu analysieren und etwaige Abwehr- oder Kompensationsmaßnahmen anzustoßen.	E4.1	Die Stadt Bornheim sollte die im Konzept zum strukturierten Risikomanagement beschriebenen Maßnahmen weiter vorantreiben und umsetzen.

		E4.2	Die Stadt sollte eine Schwachstellenanalyse durchführen und dabei die Beschäftigten einbeziehen. Die besonders korruptionsgefährdeten Bereiche sollte sie im konkreten Einzelfall ermitteln, analysieren und individuelle Maßnahmen zur Korruptionsprävention festlegen.
		E4.3	Die Stadt Bornheim sollte ihre Mitarbeitenden regelmäßig, z.B. jährlich, im Hinblick auf Korruptionsgefahren schulen und sensibilisieren.
		E4.4	Die Stadt Bornheim sollte künftig Ihren Vorlage- und Veröffentlichungspflichten aus § 17 KorruptionsbG verlässlich nachkommen.

Stellungnahme:

Im Rahmen der Korruptionsprävention wird ein Projekt zur Einführung eines Hinweisgebersystems starten, das die niederschwellige Abgabe von anonymen Hinweisen und so eine Überprüfung von möglichen Fällen von Unregelmäßigkeiten, Auffälligkeiten bis hin zu Korruptionsfällen ermöglichen soll.

Eine Schwachstellenanalyse kann als nächster Schritt stattfinden, z.B. durch Identifizierung von Entscheidungs- und Einflussmechanismen, bei denen noch ungenügende Kontrollmechanismen wie 4-Augen-Prinzip usw. vorhanden sind, durch die man mehr Transparenz schaffen könnte.

Der Vorschlag der ständigen Schulung und Sensibilisierung der Beschäftigten auch im Hinblick auf deren Fluktuation wird aufgegriffen und die Personalabteilung gebeten, dafür eine Inhousefortbildung in festgelegten Zeiträumen zu schaffen.

F5	Die Stadt Bornheim hat verbindliche Regelungen geschaffen, die gut geeignet sind, Sponsoringmaßnahmen rechtssicher abzuwickeln. Um bei Sponsoringmaßnahmen ein Höchstmaß an Transparenz zu wahren, sind bei den bestehenden Regelungen Ergänzungen notwendig.	E5.1	Die Stadt Bornheim sollte konkrete Regelungen erlassen, die den Entscheidungsprozess zur Annahme oder Ablehnung von Sponsoringangeboten sowie die jeweiligen Zuständigkeiten, verbindlich vorgeben.
		E5.2	Die Stadt Bornheim sollte konkrete Bestimmungen vorgeben, die festlegen, wie und in welchem zeitlichen Rhythmus die Öffentlichkeit über Sponsoringmaßnahmen informiert werden soll.

Stellungnahme:

Die Anregung, die Regelungen zum Sponsoring noch nachzuschärfen, kann nur bedingt nachvollziehen werden. Keinesfalls sollte hier angesichts der eher niedrigen Bedeutung in Bornheim eine Überreglementierung stattfinden. Eine jährliche

Veröffentlichung aller Sponsoringfälle ist jedoch anzustreben. Bei Zweifelsfällen, ob eine Sponsoringleistung angenommen werden kann, leistet das Rechtsamt jederzeit umfassende Beratung, zudem gibt es einen Sponsoring-Mustervertrag.

F6	Die Stadt Bornheim wendet aktuell kein strukturiertes Bauinvestitionscontrolling an. Im Hinblick auf die geplanten Investitionssummen im Baubereich sieht die gpaNRW Verbesserungspotenzial.	E6	Die Stadt Bornheim sollte die bestehenden und in der Praxis gelebten Abstimmungs- und Beteiligungsstrukturen bei Baumaßnahmen zu einem formellen und verbindlichen Bauinvestitionscontrolling ausbauen. Die entsprechenden Vorgaben sollte sie in einer Dienstanweisung festlegen.
F7	Bei der Stadt Bornheim kommt es bei einigen Baumaßnahmen zu größeren Abweichungen von der ursprünglichen Auftragssumme. Dabei fallen neben Kostensteigerungen auch zum Teil deutlich geringere Abrechnungssummen auf. Sowohl Kostenüber- als auch Kostenunterschreitungen haben in Bornheim einen spürbaren Einfluss auf die abgerechneten Leistungen.	E7.1	Die Stadt Bornheim sollte der Maßnahmenvorbereitung und besonders der Ausarbeitung von Leistungsverzeichnissen stärkere Bedeutung beimessen. Hierzu sollte sie genügend fachliche und zeitliche Ressourcen zur Verfügung stellen. Weiterhin sollte sie grobe Schätzungen und nicht passgenaue Kalkulationen vermeiden.
		E7.2	Nach Abschluss einer Maßnahme sollte die Stadt Bornheim im Zuge eines Berichtswesens einen Soll-Ist-Vergleich erstellen. Abweichungen von der ursprünglichen Kostenschätzung sollten hinsichtlich der Ursachen analysiert werden, so dass wichtige Erkenntnisse für künftige Bauprojekte erlangt werden.
F8	Die Stadt Bornheim hat klare und verbindliche Regelungen zum Umgang mit Nachträgen erlassen. Weiterhin hat sie sichergestellt, dass die örtliche Rechnungsprüfung bei Nachaufträgen zu beteiligen ist. Die Regelungen sind grundsätzlich gut geeignet, Nachträge rechtssicher und transparent abzuwickeln. Auf die Einrichtung eines strukturierten Nachtragsmanagements hat die Stadt bislang jedoch verzichtet.	E8	Die Stadt Bornheim sollte ein strukturiertes Nachtragsmanagement einrichten und Nachträge nach Höhe und Ursache systematisch auswerten.

Stellungnahme:

Zum vorgeschlagenen Bauinvestitionscontrolling (BIC) lässt sich ausführen, dass das grundsätzlich ein guter Ansatz ist, der auch die Bedarfsfeststellung unter Einbezug von Zukunftsprognosen aufgreifen müsste. Die Aufgabe erfordert zusätzliches Personal, welches unter dem Aspekt des bestehenden Fachkräftemangels nicht einfach zu rekrutieren sein dürfte.

Mit dem derzeit vorhandenen Personal können diese Zusatzaufgaben nicht übernommen werden. Perspektivisch ist ein strukturiertes BIC sinnvoll.

Wie die GPA im Bericht bestätigt, wurde auch ohne ein BIC bei der Planung aktueller Baumaßnahmen dieses Thema im Fokus behalten bzw. es wird bei der Vergabe von Beratungsleistung an Externe berücksichtigt.

Zum Thema Nachtragsmanagement lässt sich weiter ausführen, dass Nachträge einerseits erforderlich werden können, wenn Leistungsbeschreibungen nicht sorgfältig genug erstellt werden. Hier arbeitet die Zentrale Vergabestelle ständig darauf hin, dass seitens der Fachämter mehr Sorgfalt darauf verwendet wird. Andererseits mag es auch öfter zu Nachträgen kommen, wenn funktionale Leistungsbeschreibungen erstellt werden, d.h. hier den Bietern eher eine zu lösende Aufgabe erstellt wird und dabei später dann doch die erforderlichen Einzelleistungen geschärft werden müssen. Allerdings ist dann auch immer die Frage zu stellen, ob die „Nachtragsleistung“ nicht doch schon Bestandteil des Auftrages ist und somit nicht zusätzlich zu beauftragen und zu vergüten ist.

Vergabewesen - Maßnahmenbetrachtung

F9	Die von der gpaNRW durchgeführte Maßnahmenbetrachtung zeigt Mängel in der Dokumentation auf. Die zur Betrachtung vorgelegten Vergabeakten sind nicht durchgängig nachzuvollziehen und teilweise lückenhaft. Die Ursachen und die exakte Zusammensetzung von Mehr- oder Minderkosten gehen aus den Maßnahmeakten nicht hervor. Auch wurden vergaberechtliche Vorgaben, z.B. die Einholung von Negativauskünften aus dem Vergaberegister oder dem Gewerbezentralregister, nicht eingehalten.		
F10	Die Vergabeakte enthält weder die rechnerische / technische Prüfung der Angebote, noch die formelle Beauftragung der angebotenen Nachtragsleistungen. Weiterhin ist nicht erkennbar, bei welchen Positionen Mindermengen aufgetreten sind, die letztlich zur Kompensation der Nachträge geführt haben.	E10	Die Stadt sollte darauf achten, dass etwaige Mengenveränderungen und daraus resultierende Mehrkosten nachvollziehbar und im Einklang mit den internen Vergabevorgaben dokumentiert werden.